Kleine Anfrage

der Abgeordneten Matthias Seestern-Pauly, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Nicole Bauer, Jens Beeck, Nicola Beer, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Dr. Marco Buschmann, Bijan Djir-Sarai, Dr. Marcus Faber, Otto Fricke, Thomas Hacker, Katrin Helling-Plahr, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Carina Konrad, Ulrich Lechte, Dr. Martin Neumann, Bernd Reuther, Dr. Wieland Schinnenburg, Frank Sitta, Judith Skudelny, Benjamin Strasser, Michael Theurer, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Gerald Ullrich, Sandra Weeser, Nicole Westig, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum – Maßnahmen der Bundesregierung zur Verkehrssicherheit

Spätestens mit dem Schuleintritt betreten Kinder neues Terrain: Sie verlassen die schützende Umgebung des Elternhauses, um sich selbstständig auf den Weg in die Schule zu machen. Als Verkehrsteilnehmer sind Kinder, aber auch Jugendliche, hier eine besonders gefährdete Gruppe. Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem ÖPNV – in allen Bereichen sind Herausforderungen zu meistern.

Zum einen können technische Lösungen an Fahrzeugen (wie zum Beispiel Bremsassistenten) zu einer Verbesserung der Sicherheitssituation von Kindern und Jugendlichen im Straßenverkehr beitragen. Zum anderen helfen Verkehrserziehung, Informationskampagnen und Aktionstage dabei, Kinder und Jugendliche für ihre eigene Rolle und Verantwortlichkeit als Verkehrsteilnehmer zu sensibilisieren.

Durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung rückt die Verkehrssicherheit der Jüngsten nochmals weiter in den Fokus. Insbesondere auch vor dem Hintergrund einer sich verändernden Mobilitätswelt (zum Beispiel geräuschlose E-Fahrzeuge) verändert sich das Aufgabenspektrum der Verkehrserziehung. Aus Sicht der Fragesteller besteht daher Informationsbedarf über bestehende Maßnahmen sowie die Bestrebungen des Bundes, Verkehrserziehung und Verkehrssicherheitstrainings in Bildungseinrichtungen an diese veränderten Gegebenheiten anzupassen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Kommunikationsmaßnahmen und Kampagnen führt die Bundesregierung in der 19. Wahlperiode in welchem zeitlichen Rahmen und mit welchem Budget durch, um die Verkehrssicherheit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen?

2. An welche Adressatenkreise richteten sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Kommunikationsmaßnahmen und Kampagnen der 19. Wahlperiode, um die Verkehrssicherheit von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen (bitte nach den Adressatenkreisen Kinder bzw. Jugendliche, Eltern bzw. Erziehungsberechtigte sowie Erzieherinnen und Erzieher bzw. Lehrerinnen und Lehrer aufschlüsseln)?
3. Welche Regelverstöße wurden in den Jahren 2016 und 2017 jeweils im Radverkehr, im Fußverkehr, im Bereich des Pkw-Verkehrs und des Lkw-Verkehrs durch das Kraftfahrt-Bundesamt erfasst (bitte tabellarisch nach Jahr und Art der Verkehrsbeteiligung auflisten)?
4. Wie hat sich die Zahl der tödlich verunglückten, der schwer und leicht verletzten Fahrradfahrer sowie Fußgänger im Zeitraum von 2015 bis 2017 entwickelt?

Welchen Anteil daran hatten jeweils Kinder und Jugendliche, und welchen Anteil hatten Senioren (über 65 Jahre; bitte tabellarisch nach Unfallarten und Jahren darstellen)?
5. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur Höhe der Dunkelziffer bei den polizeilich nicht erfassten Verkehrsunfällen von Fußgängern und/oder Radfahrern?
6. Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der aktuelle Umsetzungsstand auf nationaler und europäischer Ebene zur verbindlichen Einführung von Fahrerassistenz- und Schutzsystemen, die zur Lebensrettung ungeschützter Verkehrsteilnehmer (zum Beispiel Abbiegeassistenten, Totwinkelwarner, Kreuzungsassistenten, Türöffnerwarnsysteme und Außenairbags) beitragen können?
 - a) Wie ist der Stand im Bereich des Pkw-Verkehrs?
 - b) Wie ist der Stand im Bereich des Lkw-Verkehrs?
7. Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Helmtragequote von Radfahrern im Innerortsverkehr im Zeitraum von 2012 bis 2017 entwickelt, und welche Entwicklungen und Potenziale der Fahrradhelmnutzung sieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund (bitte die Helmtragequoten nach Altersgruppen aufschlüsseln)?
8. Welche Ergebnisse liegen der Bundesregierung zur der Bewertung von Notbremsassistenten zur Vermeidung und Milderung von Unfällen von Pkw mit querenden Fußgängern im Euro NCAP vor?
9. Hat die Einführung von Notbremsassistenten zur Vermeidung und Milderung von Unfällen von Pkw mit querenden Fußgängern nach Kenntnis der Bundesregierung zu positiven Effekten geführt (bitte begründen)?

Berlin, den 12. Dezember 2018

Christian Lindner und Fraktion